



UB Parteitag
am 05.02.2022

SPD Duisburg

ANTRAG	A 1
ANTRAGSTELLER	ASG
ADRESSAT	UB-Parteitag, SPD Ratsfraktion
BETREFF	DU-Klinikum

1 Der UB Parteitag möge beschließen:
2

3 Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Duisburg wird aufgefordert, über den Stadtrat - ggf. mit
4 Unterstützung anderer Fraktionen - einen Prüfauftrag an die Verwaltung auf den Weg zu
5 bringen, in dem alle rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen geprüft und
6 politisch bewertet werden, den Verkauf der ehemaligen Städtischen Kliniken Duisburg an
7 den Sana-Konzern rückgängig zu machen. Ziel ist die Rückführung des Klinikums in die
8 öffentliche Hand.

9 Dem UBPT ist dazu binnen eines halben Jahres ein umfassender Bericht vorzulegen.
10

11 Begründung: 12

13 Der Verkauf des Klinikums war seinerzeit mit großen Versprechungen für Modernisierung
14 und Neubau verbunden. Die WAZ schrieb am 18.07.2015: „Sana investiert ins Duisburger
15 Klinikum 105 Millionen Euro“. Und weiter: „Bis 2021 muss Sana die Multi-Millionen-
16 Investition ins Klinikum gestemmt haben, sonst drohen Strafzahlungen. Das sehen die
17 Verträge zwischen Stadt und Klinikbetreiber vor. „Wir wollen ein lebendiges Klinikum“,
18 begründete Oberbürgermeister Sören Link am Rande der Veranstaltung nochmals den
19 Verkauf an Sana. Auch andere örtliche Krankenhäuser investierten derzeit kräftig. „Wir
20 sind ein richtig guter Klinikstandort, und der wird noch weiter ausgebaut.“ Auch in seiner
21 Rede an die Mitarbeiter zeigte Link sich zuversichtlich: „Die Zukunftsfähigkeit dieses
22 Klinikums ist gesichert.“
23

24 Während andere Träger in Duisburg insgesamt mehrere Hundert Millionen in Klinikneu-
25 und -erweiterungsbauten gesteckt haben, ist am Standort 'Zu den Rehwiesen' noch nicht
26 einmal das Parkhaus fertiggestellt. Das Klinikgebäude ist marode und für eine 105-
27 Millionen-Investition in den Klinikstandort gibt es immer noch keine Pläne. Dies hat die
28 Geschäftsführerin von Sana Duisburg, Frau Disselborg, in einer Sitzung des Ausschusses
29 für Arbeit, Soziales und Gesundheit bestätigt. Sie konnte lediglich auf einige klinikinterne
30 Sanierungsmaßnahmen sowie den Neubau der Kinder- und Jugendpsychiatrie am
31 Standort Bertha-Krankenhaus Rheinhausen verweisen.
32

33 Hinzu kommt, dass Sana aktuell konzernweit weitere Sparmaßnahmen bei den
34 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Tochtergesellschaften plant. Es sollen 1000 in den
35 unteren Lohngruppen Beschäftigte entlassen werden. In Duisburg sind etwa 40
36 Kolleginnen und Kollegen betroffen.
37

38 Unter den Beschäftigten schwindet das Vertrauen, dass die Führung des Konzerns und
39 des Klinikums willens und in der Lage ist, die Zukunftsfähigkeit zu sichern.
40

41 Vor diesem Hintergrund und angesichts der Erfahrungen in der Corona-Situation, die
42 aufgezeigt hat, wie wichtig die öffentliche Daseinsvorsorge gerade auch im
43 Gesundheitswesen ist, geht es jetzt darum, die Bedingungen für eine Rekommunalisierung
44 des Klinikums zu prüfen und die notwendigen Weichenstellungen vorzubereiten. In Zeiten
45 von Negativzinsen für die öffentlichen Hände auf den Kapitalmärkten besteht die Chance,
46 dass sich kommunale Zukunftsinvestitionen problemlos finanzieren lassen.

47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB Parteitag
am 05.02.2022

SPD Duisburg

ANTRAG	A 2
ANTRAGSTELLER	OV Rumeln-Kaldenhausen
ADRESSAT	SPD Bundestagsfraktion
BETREFF	Kein Urheberrecht an staatlichen Dokumenten

1 Der UB Parteitag möge beschließen:

2
3 Wir fordern eine gesetzliche Regelung, die unmissverständlich festlegt, dass an staatlichen
4 Dokumenten grundsätzlich kein Urheberrecht besteht.

5
6 **Begründung:**

7
8 Mit großer Freude wurden die Fortschritte bezüglich der Informationsfreiheit bei
9 staatlichen Stellen im Koalitionsvertrag gelesen.

10
11 In der Vergangenheit kam es allerdings von Amtswegen immer wieder zu der Situation,
12 dass auf Basis des Informationsfreiheitsgesetzes angeforderte Dokumente, aufgrund von
13 angeblichen Urheberrechten nicht herausgegeben, oder verteilt werden durften. Gerichte
14 haben regelmäßig diese Rechtsauffassung der betroffenen Ämter revidieren müssen. Um
15 einen teuren und letzten Endes fruchtlosen Rechtsstreit zu vermeiden, soll daher klar
16 geregelt werden, dass an staatlichen Dokumenten kein Urheberrecht besteht.

17
18 Steuerfinanzierte Dokumente sollen grundsätzlich allen Steuerzahlenden zur Verfügung
19 gestellt werden können.

20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

36 Angenommen:
37 Abgelehnt:
38 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 05.02.2022

SPD Duisburg

ANTRAG	A 3
ANTRAGSTELLER	OV Rheinhausen-Mitte
ADRESSAT	UB-Parteitag, SPD Bundesparteitag
BETREFF	Modifizierung des „Hacker-Paragraphen“ 202 a-c StGB

1 Der UB Parteitag möge beschließen:

2
3 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine Modifizierung des „Hacker-
4 Paragraphen“ 202 a-c StGB in dem Sinne einzusetzen, dass Sicherheitsexperten, die in
5 seriöser und verantwortungsvoller Weise Sicherheitslücken oder Datenmissbrauch
6 entdecken und melden, von strafrechtlicher Verfolgung freizustellen sind.

7
8 **Begründung:**

9
10 Am 11. August 2007 ist in der Bundesrepublik Deutschland eine Rechtsnorm zur
11 Bestrafung der Herstellung und Verbreitung von sog. Hackertools in Kraft getreten. Was
12 im Prinzip richtig und sinnvoll ist, kann in Einzelfällen aber auch schwerwiegende Folgen
13 für die Arbeit seriöser und verantwortungsbewusster IT-Sicherheitsexperten haben. Dies
14 mögen die zwei folgenden Beispiele aufzeigen:

15
16 1. Im September 2021 hat die CDU Strafanzeige nach Paragraph 202 StGB gegen die
17 Expertin Lilith Wittmann gestellt, nachdem diese schon im Mai 2021 in
18 verantwortungsvoller Art und Weise das BSI (Bundesamt für Sicherheit in der
19 Informationstechnik), den Berliner Datenschutzbeauftragten und die CDU selbst auf
20 Sicherheitslücken der Applikation „CDU connect“ aufmerksam gemacht hat. Durch die
21 App und in einer Datenbank der CDU wurden über Jahre hinweg persönliche Daten
22 und politische Neigungen von Bürgern in illegaler Weise dokumentiert. Die CSU und
23 die österreichische Volkspartei verwendeten baugleiche IT-Systeme. Anstatt aber den
24 sachdienlichen technischen Hinweisen von Frau Wittmann Rechnung zu tragen und
25 die Sicherheitslücken zu schließen, hat die CDU Anzeige erstattet.

26
27 2. Durch ein „Datenleck“ bei der Firma Modern Solution sind ca. 700.000 Kunden
28 geschädigt worden. Das Unternehmen bietet Dienstleistungen für große Internet-
29 Plattformen wie Otto, Check24 und Kaufland an. Namen, Anschriften, Email-Adressen
30 und bestellte Waren der Betroffenen ließen sich seit Sommer 2018 abrufen. Außerdem
31 sind in mehreren Tausend Fällen sogar die Bankverbindungen offen sichtbar gewesen.
32 Auch hier hat sich der Programmierer vorbildlich verhalten, indem er zunächst das
33 Unternehmen mehrfach angemahnt hat, die Sicherheitslücke zu schließen. Anstatt dem
34 Programmierer zu danken und das Sicherheitsloch zu schließen, wurde nach Anzeige
35 eines Whistleblowers die Wohnung des Programmierers durchsucht und sämtliches IT-
36 Equipment beschlagnahmt.

37 In beiden Fällen wurden also nicht die Schadensverursacher belangt, sondern diejenigen,
38 die den Schaden aufgedeckt haben!

39 Im Jahr 2007 wurde der § 202 StGB, der die Verletzung des Briefgeheimnisses unter
40 Strafe stellt, den Erfordernissen der Digitalisierung Rechnung tragend um die §§ 202 a-c
41 erweitert. Damit hat der Gesetzgeber auch strafrechtlich klargestellt, dass digitale Daten
42 den gleichen Schutz wie postalische genießen.

43
44 In einer sich rasch weiter digitalisierenden Welt stößt der Schutz vor Daten aber immer
45 stärker an Grenzen, wo aus Unkenntnis, Sparzwängen oder anderen Gründen nicht
46 ausreichend in die entsprechende IT-Sicherheit investiert wird oder gar vorsätzlich bzw.
47 mit krimineller Energie gehandelt wird. Hieraus kann – wie aus o.g. Beispielen deutlich wird
48 – enormer Schaden für viele Menschen resultieren. Schon im Bereich der digitalen
49 Kriminalität ist der Staat technisch und personell oft überfordert; in der Wirtschaft und im
50 privaten Bereich wird er bei fehlender strafrechtlicher Relevanz oder fehlender Kenntnis
51 über vorhandene Probleme erst gar nicht tätig. Insofern ist das Engagement privater
52 Experten für eine Erkennung/Aufdeckung von Sicherheitslücken, Datenlecks etc.
53 geradezu unabdingbar. Wer jedoch befürchten muss, strafrechtlich verfolgt zu werden,
54 wird solche Erkenntnisse - mit unabsehbaren Folgen für unzählige betroffene Menschen -
55 künftig aber wohl kaum mehr zur Meldung bringen. Die Bestimmungen des § 202 a-c StGB
56 sind daher so zu modifizieren, dass in Abwägung zwischen dem datenschutzrechtlichen
57 Verstoß einerseits und dem hieraus resultierenden Nutzen für die Allgemeinheit
58 andererseits Berücksichtigung entsprechendes Handeln von strafrechtlicher Verfolgung
59 freigestellt wird, sofern

- 60
- 61 - der Verstoß nachvollziehbar nicht zu eigenem Vorteil, sondern zur Aufdeckung von
62 Sicherheitsproblemen und letztlich dem Allgemeinwohl dienend begangen wird.
 - 63
 - 64 - hierbei erlangte Kenntnisse über Daten oder diese selbst nicht missbräuchlich
65 verwendet oder an Dritte weitergegeben werden.
- 66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82

83 Angenommen:
84 Abgelehnt:
85 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 05.02.2022

SPD Duisburg

ANTRAG	A 4
ANTRAGSTELLER	OV Rumeln-Kaldenhausen
ADRESSAT	SPD Fraktion im Rat, Landtag und den VRR Gremien
BETREFF	Teilhabe Minderjähriger an VRR-Digitaltickets

1 Der UB Parteitag möge beschließen:

2
3 Wir fordern eine teilhabe von Minderjährigen, an den digitalen Buchungsmöglichkeiten für
4 Fahrscheine im VRR teilzunehmen.

5
6 **Begründung:**

7
8 Für Kinder und Jugendliche ist es nicht möglich, die App- bzw. andere digitale
9 Buchungsmöglichkeiten für Fahrscheine zu nutzen.

10
11 Derzeit sind ausschließlich Zahlungsmethoden möglich, die ausdrücklich nur Personen ab
12 18 Jahren zugänglich sind.

13
14 Angesichts einer geforderten Mobilitätswende ist es umso unverständlicher, warum
15 Jugendliche beispielsweise Verdienstmöglichkeiten haben, aber ausschließlich analoge
16 Bezahlmethoden zur Verfügung haben, um zur Schule oder zum Arbeitsplatz zu fahren.

17
18 Dieser Anachronismus muss schnellstmöglich behoben werden, beispielsweise durch
19 angebotene Prepaid-Karten in Geschäften oder Gutscheincodes. Idealerweise auch mit
20 dem normalen Bankeinzugsverfahren, wie es der Personengruppe auch ermöglicht in
21 jedem Geschäft mit Karte zu bezahlen.

22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33

34 Angenommen:
35 Abgelehnt:
36 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 05.02.2022

SPD Duisburg

ANTRAG	A 5
ANTRAGSTELLER	AG 60plus
ADRESSAT	SPD Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion, ggf. Bundesregierung
BETREFF	Soziale Sicherung der häuslichen Pflege

1 Der UB Parteitag möge beschließen:
2

3 Die SPD-Bundestagsfraktion/ggf. Bundesregierung wird aufgefordert, ein
4 Gesetzgebungsverfahren zur sozialen Sicherung der häuslichen Pflege einzuleiten. Die
5 Verantwortung von Vermittlungs-agenturen sowie Qualitätsstandards für gute Arbeit und
6 Pflege sind in dieser Branche verbindlich zu regeln. Leitlinie muss dabei sein:
7

8 Bezahlbare professionelle Dienstleistung zur Angehörigenpflege ist regulierend
9 aufzuwerten und ausbauend fortzuentwickeln. Die Aufwertung gestaltet sich entlang
10 folgender Merkmale:
11

- 12 • Grundlage sollte ein Arbeitsvertrag zwischen der Arbeitskraft und einer Agentur ggf.
13 auch einer öffentlichen Einrichtung sein. Pflegebedürftige beziehungsweise
14 Angehörige schließen dann wiederum einen Vertrag mit der Agentur. Dadurch sind
15 nicht nur Mindeststandards des Arbeits- und Gesundheitsschutzes einschließlich der
16 Arbeitszeitbegrenzung, sondern auch Mindestentgelte und soziale Absicherung
17 gewährleistet.
18
- 19 • Zur Finanzierung ist die Pflegeversicherung, die heute schon über das
20 Sozialgesetzbuch einen Umwandlungsanspruch und den Entlastungsbetrag für ein als
21 „Unterstützung im Alltag“ anerkanntes Angebot an häuslicher 1:1-Betreuung
22 ermöglicht, heranzuziehen.
23
- 24 • Es muss klar festgelegt sein, welche Arbeiten die Betreuungskraft übernimmt und
25 welcher Anteil von Bereitschaftszeit dabei geplant ist. Voraussetzung hierfür ist eine
26 umfassende Bedarfserhebung, die über kommunale Pflegestützpunkte koordiniert
27 werden sollte.
28
- 29 • Zur Sicherung der Qualität von Agenturen sollte ein Zertifikat geschaffen werden, das
30 durch eine unabhängige Prüfstelle vergeben und zur Voraussetzung für den Empfang
31 öffentlicher Leistungen gemacht wird.
32

33 Begründung: 34

35 Die Situation der meist aus Mittel- und Osteuropa stammenden vorwiegend weiblichen
36 Arbeitskräfte ist geprägt durch problematische Arbeitsbedingungen und eine unsichere
37 Rechtslage. In der Regel wohnen die Betreuerinnen unter einem Dach mit der zu
38 pflegenden Person, sie sind rund um die Uhr im Einsatz, werden aber nur für wenige
39 Stunden pro Tag bezahlt. Nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom Jul1 2021

40 stehen den Pflegekräften, die über Agenturen beschäftigt werden, der gesetzliche
41 Mindestlohn auch für die Zeit der Bereitschaft zu. Damit die gesetzlich vorgeschriebenen
42 freien Zeiten eingehalten werden können, braucht es zusätzliche Personen, die
43 Betreuungs- und Bereitschaftszeiten übernehmen.
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83

84 Angenommen:
85 Abgelehnt:
86 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 05.02.2022

SPD Duisburg

ANTRAG	A 6
ANTRAGSTELLER	OV Rheinhausen-Mitte
ADRESSAT	SPD UB Parteitag, SPD Bundesparteitag
BETREFF	Förderung ökologischer Dämmstoffe beim Bau

1 Der UB Parteitag möge beschließen:
2

3 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für gezielte Förderung ökologischer
4 Baustoffe einzusetzen. Insbesondere mit Hanf als Nutzpflanze kann hier ein gutes
5 Ergebnis erzielt werden, denn sie bindet nicht nur CO2 beim Wachstum, sondern kann in
6 vielfältiger Weise als Dämmstoff, insbesondere im Bausektor eingesetzt werden.
7

8 **Begründung:**
9

10 Die ökologische Wende wird nur zu bewältigen sein, wenn auch im für die nahe Zukunft
11 wichtigen Wohnungsbausektor die Weichen richtig gestellt werden. Es gibt bereits erste
12 Anbieter am Markt, die Hanf als Dämmstoff für den Bau anbieten. Hanf ist ein natürlich
13 nachwachsender Rohstoff und weist durch den geringen Primärenergiebedarf bei der
14 Herstellung eine positive CO2-Bilanz auf. Dabei sind die Dämmeigenschaften von Hanf
15 positiv zu bewerten. Hanf als Dämmstoff sorgt für ein angenehmes Raumklima und ist
16 resistent gegenüber Schimmel. Aufgrund seiner Beschaffenheit ist Hanf uninteressant für
17 Ungeziefer und einfach zu verarbeiten. Dazu ist Hanf als natürlicher Baustoff langfristig gut
18 für eine gesunde Raumumgebung.
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

37 Angenommen:
38 Abgelehnt:
39 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 05.02.2022

SPD Duisburg

ANTRAG	A 7
ANTRAGSTELLER	OV Rumeln-Kaldenhausen
ADRESSAT	SPD Fraktionen im Rat, Land und Bundestag
BETREFF	Städtischen Katastrophenschutz prüfen

1 Der UB Parteitag möge beschließen:

2
3 Es sollen wieder permanente Unterkunfts- und Verpflegungskapazitäten vorgehalten
4 werden, die im Notfall schnell aktiviert werden können.

5
6 **Begründung:**

7
8 Der große Bedarf an Unterkünften für Geflüchtete von Kriegen (1991-2001, 2015), aber
9 auch die jüngste Katastrophe im Ahrtal hat uns vor Augen geführt, dass schnelle
10 Notfallreserven für Unterkünfte und Verpflegung fehlen.

11
12 Diese sollen wiederaufgebaut werden, auch um teure ad hoc-Anschaffungen oder Mieten
13 wie 2015 zu vermeiden. Notunterkunftsflächen sollen dauerhaft ausgewiesen und
14 vorbereitet werden, sodass sich dort schnell Schutzsuchende sicher und menschenwürdig
15 eine Unterkunft finden.

16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34 Angenommen:
35 Abgelehnt:
36 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 05.02.2022

SPD Duisburg

ANTRAG	A 8
ANTRAGSTELLER	OV Rumeln-Kaldenhausen
ADRESSAT	SPD Fraktionen im Rat, Land und Bundestag
BETREFF	THW mit zweitem Standort

1 Der UB Parteitag möge beschließen:

2
3 Das THW soll mit einem zweiten Standort in Duisburg mit regionaler Ausstrahlung und mit
4 Hafenananschluss auf der linken Rheinseite vertreten sein.

5
6 **Begründung:**

7
8 Die Ereignisse im Ahrtal, aber auch der jüngste Vorfall bei Sachtleben haben uns wieder
9 ins Gedächtnis gerufen, dass wir jederzeit beim Thema Katastrophenschutz wachsam und
10 gut vorbereitet sein müssen.

11
12 Derzeit ist das THW nur rechtsrheinisch vertreten. Durch die fragile und praktisch immer
13 ausgelastete Verkehrssituation über den Rhein, scheint es höchst fraglich, ob und wie das
14 THW effektiv im Katastrophenfall linksrheinisch helfen könnte, zumal wenn große,
15 potentiell gefährdende Industrieanlagen direkt an den Rheinbrücken angesiedelt sind.

16
17 Daher soll ein zweiter Standort in Hafenlage eingerichtet werden und für entsprechende
18 Szenarien ausgerüstet sein, beispielsweise auch mit einer Pontonbrücke, um schnell über
19 Rhein und Ruhr helfen zu können und als grundsätzlicher Notfall-Logistikstandort für die
20 Region bereit zu stehen.

21
22
23
24
25
26
27
28
29

30 Angenommen:
31 Abgelehnt:
32 Überwiesen an: